

Haushalt 2008
Rede H.-W. Brüning

Allgemein

- Eindruck von der Leistungsfähigkeit unseres Gemeinwesens und der Lebensqualität in ihm
- Verdeutlicht die Abhängigkeit Magdeburgs von der Politik in Land und Bund
- bringt zum Ausdruck, welche Ziele politische Mehrheiten im Stadtrat bzw. der Stadtrat insgesamt verfolgen. Das allerdings nur zum Teil, denn die Zahl der haushaltsrelevanten Anträge aus den Fraktionen ist „historisch“ gering. So wenige gab's noch nie!

Unsere Ziele kurz:

1. Unter den Bedingungen der Haushaltskonsolidierung die kommunalen Gestaltungsspielräume maximal ausnutzen (ergeben sich aus den gesetzlichen Vorgaben, aber auch aus den Folgen von Stadtratsentscheidungen)
2. Den berechtigten wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen aller Bevölkerungsschichten und -gruppen gerecht zu werden – denen der heutigen und künftigen Einwohnerinnen und Einwohnern unserer Stadt, die wir als ein leistungsfähiges und solidarisches Gemeinwesen gestalten wollen.
3. Die Fraktion DIE LINKE will als nicht unbedeutender Teil des Stadtrates ihren Beitrag dazu leisten, dass er seinen tatsächlichen Einfluss auf die Entwicklung Magdeburgs deutlich erhöht. Das bedeutet, die kommunalpolitische Handlungsfähigkeit unseres ehrenamtlichen Gremiums zu sichern und zu stärken. Uns geht es um das Bewusstsein, neben den eigenen Zielen auch das gemeinsame kommunale Interesse zu sehen. Die geringer gewordenen Finanzaufweisungen bewirken, dass sich der Stadtrat zunehmend als eine Art Solidargemeinschaft versteht. So ist das, wenn der Haushaltsausgleich, wie es Herr Zimmermann formulierte, auf niedrigstem Niveau hergestellt werden soll.

Schon der Haushalt 2007 war für den Stadtrat eine Herausforderung. Er konnte nicht ausgeglichen werden, weil die Entscheidungen der Landesregierung und der Koalition über die Kommunalfinanzierung für all die bisherigen Konsolidierungsanstrengungen der Landeshauptstadt Magdeburg einen Rückschlag bedeuteten. Steuermehreinnahmen des Landes standen Kürzungen im FAG gegenüber. Selbst nachdem es eine gewisse Korrektur gegeben hat (Stichwort: Hilfsfond), hat sich an dieser Feststellung nichts geändert. Die Kommunalaufsicht hat den Haushalt schließlich mit Auflagen genehmigt, deren weitreichendste die zur zusätzlichen und dauerhaften Kürzung des Stadthaushaltes um 20 Millionen Euro jährlich darstellt.

Es ist anerkennenswert, wie Stadtverwaltung und Stadtrat um den Erhalt der Leistungsfähigkeit ringen, Reserven gesucht und aufgedeckt werden. Kommunale Daseinsvorsorge verlangt ausreichend Geld in der Stadtkasse. Wenn die Ein Loch von mehr als 93 Millionen Euro aufweist, dann steht objektiv erst einmal alles in Frage, wozu die Stadt **nicht** verpflichtet ist.

Diese Feststellung gilt auch für 2008. Denn die herrschende Landespolitik sorgt auch in diesem Jahr für die weitere Einschränkung der Entscheidungsmöglichkeiten des Stadtrates. Da geht es um die freiwilligen Leistungen in solchen Bereichen wie Wirtschaftsförderung, der Arbeitsmarktpolitik, der Kultur und des Sports. Wir halten das fest, auch wenn bei der aktuellen Haushaltsaufstellung 2008 im freiwilligen Bereich gegenüber 2007 keine Kürzung vorgenommen worden ist.

Vor zwei Jahren habe ich Sie an dieser Stelle auf „Eine Weihnachtsgeschichte“ von Charles Dickens aufmerksam gemacht, die dem Wunsch folgt, dass wohlütiges Handeln eine allgemeine menschliche Eigenschaft wird. Übertragen auf den kommunalen Haushalt bedeutet das, einmal darüber nachzudenken, warum die Stadtverordnetenversammlung im Dezember 1991 beschließen konnte, den Magdeburger Sozialhilfeempfängern aus nicht verbrauchten Haushaltsmitteln eine Weihnachtsgewinnung von 100 DM zu zahlen. Das wäre uns heute untersagt, doch die Zahl der Bedürftigen hat sich bis heute etwa verfünffacht und es gilt das Sozialgesetzbuch II – also Hartz IV.

Die Konferenz des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Sachsen-Anhalt „Zu wenig für zu Viele“ vor 14 Tagen in Magdeburg hat dargestellt was hier die Lage von mehr als 40 000 Armen ausmacht. Dass sie genügend Unterstützung bekämen, hat niemand gesagt. Aber dass die freiwillige Leistung „Magdeburg-Pass“ nur 8000, also ein Fünftel der vom Sozialtransfer Abhängigen, in Anspruch nehmen, ist wohl deutlich genug. Die Ursachen für dieses viel zugerogene Interesse der Betroffenen sehen wir

- in deren unzureichenden Aufklärung über den Pass,
- im Fehlen der Bereitschaft des Job Centers zur Ausgabe der Pässe an ihre „Kunden“

- in der Verwaltungsfestlegung, dass der Magdeburg-Pass nicht in den BürgerBüros ausgegeben werden darf.

Eine wichtige Verantwortung des Stadtrates sehen wir darin, dass er dafür Sorge trägt, den sozial Schwächsten in Magdeburg der Zugang zu Kultur und Bildung zu erleichtern.

Dazu gehört auch die Arbeitsmarktpolitik der Stadt, die mit ihren kommunalen Mitteln als Träger von Maßnahmen den zweiten Arbeitsmarkt unterstützt und davon auch mittelbar und unmittelbar profitiert hat. Im Konsolidierungspaket ist die Kürzung der Mittel für AQB und GISE beschlossen worden. Das Argument des Oberbürgermeisters, dass für den zweiten Arbeitsmarkt die Arbeitsverwaltung, also das Job Center, zuständig ist und somit die gekürzten Finanzmittel für die beiden Gesellschaften zu kompensieren hat, war falsch. Auf unsere Nachfrage hin bekamen wir die Antwort, dass die Kürzungen der Stadt nicht ausgeglichen werden können.

So bleibt festzustellen, dass die Konsolidierungsmaßnahme in diesem Bereich sich äußerst negativ für alle Beteiligten auswirken wird. Wir haben mit AQB und GISE wirksame arbeitsmarktpolitische Instrumente. Der Stadtrat sollte nicht zulassen, dass beide Gesellschaften zu Ein-Euro-Job-Beschäftigungsunternehmen verkommen. ABM ist nicht überflüssig oder gar ein Luxus. Mit ihnen muss die Stadt auch künftig agieren – im eigenen Interesse und im Interesse der vielen Arbeitsuchenden in Magdeburg.

Einige Vorschläge hat unsere Fraktion in den vergangenen Jahren unterbreitet, wie der Haushalt von Ausgaben entlastet werden könnte oder wie neue Finanzquellen erschlossen werden könnten. Zu unseren zahlreichen Vorschlägen für Vernunft bei der Flugplatzfinanzierung möchte ich sagen, dass wir dieses Thema heute hoffentlich zum letzten Mal anschneiden. Wenn der Stadtrat und Oberbürgermeister nicht länger kostspielige Flugplatz-Perspektiven anvisieren, die es nicht gibt, und der Flugplatz auch in Zukunft als ein Verkehrslandeplatz mit einer Zulassung für Flugverkehre mit einer Startmasse von bis zu 5,7 Tonnen betrieben wird, dann wird der Stadthaushalt entlastet. Wir werden sehen, welche Konzeptvorschläge dafür demnächst auf den Tisch des Hauses kommen und dann hoffentlich in der Sache entscheiden.

Eine neue Finanzierungsquelle könnte der Beitritt der Landeshauptstadt zum Technologiepark Ostfalen erschließen. Da die Haushaltslage so ist, wie wir sie heute erörtern, muss ich hier Fragen stellen:

1. Vor einem Jahr haben wir den Beitritt im Rahmen der Haushaltsdebatte aufgeworfen. Die Stadtratsmehrheit hat das nicht als Haushaltsrelevant angesehen und so kam es erst im September 2007 zu der Entscheidung, Beitrittsverhandlungen aufzunehmen. Diese Verhandlungen gibt es bis heute nicht. Warum nicht?

2. Wie kommen wir zu den Verhandlungsbeauftragten des Stadtrates? Diese sollen laut Stadtratsbeschluss dem Oberbürgermeister an die Seite gestellt werden. Ich schlage vor, dass sich die Fraktionen noch in diesem Jahr dazu verständigen und im Januar 2008 einen entsprechenden Beschluss herbeiführen

Die finanziell schwierigen Zeiten sind Anlass, besonderes Augenmerk auf das kommunale Eigentum zu richten. Es geht um das Eigentum, das für die Erfüllung der kommunalen Aufgaben wichtig ist. Im Jahr 2007 gab es im Stadtrat den Antrag zur Veräußerung der Wobau. Die Fraktion DIE LINKE. ist froh darüber, dass es dafür keine Unterstützung gegeben hat. Die am Donnerstag gefassten Beschlüsse über den Konsolidierungsbeitrag des städtischen Wohnungsunternehmens sind vernünftig, wir müssen als Stadtrat nur darauf achten, dass die Wobau nicht überfordert wird und leistungsfähig bleibt.

Das Einlenken des Oberbürgermeisters hinsichtlich der liquiden Mittel der MVB GmbH ist ebenfalls begrüßenswert. Das städtische Nahverkehrsunternehmen ist das bewährte Instrument der Kommunalpolitik, die Mobilität der Einwohnerinnen und Einwohner auf ökologisch hohem Niveau zu gewährleisten. Also müssen seine Investitionen und die Instandhaltung der Infrastruktur ebenso gesichert bleiben wie die Dienstleistungen mit Straßenbahn und Bussen. Keinesfalls kann die weitere Ausdehnung des Nachtverkehrs zugelassen werden. Wir sind eine Großstadt in der auch große Entfernungen zu akzeptablen Konditionen für jedermann möglich sein muss. Richtig ist der Weg der MVB, sich an den Maßstäben eines durchschnittlich gut geführten Nahverkehrsunternehmens zu messen. Die *dabei* ermittelten Restrukturierungspotenziale helfen dem Unternehmen und dem Aufgabenträger Landeshauptstadt Magdeburg weiter.

Ich habe nur wenige Beispiele angeführt, um darauf hinzuweisen, wie wichtig kommunales Eigentum ist und wie es dem Gemeinwesen hilft. Die Landeshauptstadt Magdeburg ist öffentlicher Dienstleister für die Bevölkerung. Dazu wird auch Eigentum benötigt, wenn wir nicht wollen, dass alles, aber auch alles den Marktkräften ausgeliefert wird. Wohin das führen kann, sehen wir täglich an den Tankstellen, oder auch wenn die SWM die Preise erhöhen, ohne dass der Stadtrat darauf Einfluss hätte, obwohl das Unternehmen zu 54 Prozent unser Eigentum ist.

Ein anderer Gesichtspunkt ist Eigentum, das unvertretbare Kosten verursacht. Der Rückzug des städtischen Klinikums ins Walter-Friedrich-Krankenhaus nach Olvenstedt hat zum Beispiel zur Folge, dass Fragen zur Nachnutzung des Krankenhauses Altstadt mit größerer Brisanz auftreten. Die PDS-Fraktion hatte bereits Mitte der neunziger Jahre darauf hingewiesen und ein Nachnutzungskonzept eingefordert. Nichts ist passiert, statt dessen hören wir uns an, dass die Räumlichkeiten für Verwaltung nicht geeignet seien. Wenn die Landesregierung so gedacht hätte, würden die ostelbisch gelegenen ehemaligen Kasernen niemals für Ministerien hergerichtet worden. Wir denken, auch für das ehemalige Krankenhaus müssen Nutzungsmöglichkeiten gefunden werden.

DIE LINKE. und PPP ist ein Thema für sich. Die Schulsanierung ist völlig unzureichend geregelt, weil per Gesetz die Kommune als Träger der Gebäude damit beauftragt ist, aber die Finanzaufweisungen sich nicht annähernd am tatsächlichen Bedarf der Werterhaltung und Sanierung der Schulen orientieren. So bleiben die Hoffnung auf Fördermittel und das Aufgehen der Verträge, die mit privaten Partnern abgeschlossen werden. Auf 30 Jahre wird der Verwaltungshaushalt durch die PPP-Projekte belastet. Wir haben uns darauf eingelassen, weil wir nicht zusehen können, wie der Verfall der Schulschubstanz weiter fortschreitet. Drei Pakete PPP stehen noch zur Beratung und Beschlussfassung aus. Zugleich muss aber alles unternommen werden, um doch noch Haushalts- und andere öffentliche Mittel für die Schulsanierung zu erhalten. Das ist jedenfalls unser Apell im Interesse zukünftiger Haushalte.

Kurz noch Folgendes:

Die Hebesätze der Grund- und Gewerbesteuern bleiben zu hoch. Unser Vorschlag für ein Rechenmodell, um zu ermitteln, wie wir **schrittweise** an das Ohrekreis-Niveau kommen, greift die Verwaltung nicht auf. Noch einmal zur Armutskonferenz des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes: Dort war auf der Karte der Armut der Osten in Rot zu sehen. Nur der ehemalige **Ohrekreis** war gelb wie Bayern.

Zur Entwicklungsmaßnahme Rothensee: Das Vermarktungskonzept muss schnell aufgestellt werden. Auf den Gewerbeflächen braucht Magdeburg Ansiedlungen, um die Kosten der Maßnahme zu minimieren und die Einnahmen für den Stadthaushalt zu erhöhen.

Dem Haushalt 2008 werden wir unsere Zustimmung geben. Mit Dank an Finanzbereich und allen, die sich mit Ideen und ganzer Kraft an der Aufstellung und Beratung beteiligt haben.